

Nackenheim-Pläne: Stadt schaltet die Landesregierung ein

Re. - Mit allen Mitteln wird sich die Stadt gegen das Projekt eines Technik- und Freizeitparks in Nackenheim wehren. Nach einer Sitzung des Stadtvorstands kündigte Oberbürgermeister Weyel ein Gespräch mit der Staatskanzlei als für die Landesplanung zuständige Behörde an. Der Verwaltungschef: „Es wird von der Stadt als überraschend empfunden, daß weder in der regionalen Planungsgemeinschaft noch in anderen zuständigen Stellen auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg über das Thema gesprochen worden ist.“

Gegenwärtig laufe in Nackenheim eine Vorprüfung des Projekts. Möglicherweise, so räumte Weyel ein, wolle sich die Bezirksregierung das komplette Planungsverfahren mit der Beteiligung von mindestens 100 Behörden, Verbänden und anderen Institutionen ersparen, falls die Rheinfront-Gemeinde die Ansiedlung der Mammut-Einrichtung von vornherein ablehnt. Unabhängig von dieser Vorprüfung werde die Stadt wegen der Folgen für Verkehr, Umwelt und Handel alle Anstrengungen unternehmen, um den Technik- und Freizeitpark zu verhindern.

Weyel betonte, daß die Stadt das Vorhaben trotz der bombastischen Ankündigungen („Kein vergleichbares Unternehmen auf der Welt“) ernst nehme. Man müsse mit 15 000 Besuchern pro Tag rechnen. Neben Bahnanschluß, Anlegestelle und 6000 Parkplätzen höre man von einem Landeplatz für Luftschiffe, neuartige Senkrechtstarter und geräuscharme Hubschrauber, Handwerkseinrichtungen auf 200 000 Quadratmetern und Sporteinrichtungen wie Golf- und Tennisanlagen. All dies sei mit den Strukturvorgaben der Regionalplanung nicht zu vereinbaren.